

»Die Kollegen sind längst am Limit«

Ver.di protestiert mit »Homburger Aufstand« gegen Personalnot in Kliniken.

Ein Gespräch mit Michael Quetting

Die ver.di-Betriebsgruppe des Uniklinikums Homburg (Saar) plant für den 11. Oktober einen »Homburger Aufstand«. Was hat es damit auf sich?

Seit einem Jahr finden bundesweit Flashmob-Aktionen unter dem Motto »Pflege am Boden« statt. Damit haben Pflegekräfte im ganzen Land auf die dramatische Überlastung und den Personalmangel in den Krankenhäusern hingewiesen. Die daran beteiligten Kolleginnen und Kollegen des Uniklinikums finden, dass sie lange genug am Boden gelegen haben. Sie stehen jetzt auf. Die Zeit der Revolution ist vorbei.

Wie äußert sich der Personalmangel in den Einrichtungen des Saarlands?

Im Moment jagt eine Hiobsbotschaft die nächste. Gerade erst wurde bekannt, dass die Stadt Neunkirchen ihr Krankenhaus verkaufen will. Viele Häuser schreiben rote Zahlen. Das wird zum Anlass für weitere Kürzungen genommen. Die Sparwut ist so verrückt, dass die in der Homburger Uniklinik ausgegebene Milch nur noch einen Fettgehalt von 1,5 statt 3,5 Prozent hat, weil das billiger ist. Die Mittagssuppe wird gestrichen, Brote und Butter werden reduziert. Stationen werden zusammengelegt, mehr als 100 weitere qualifizierte Stellen sollen gestrichen werden. Dabei sind die Kolleginnen und Kollegen längst am Limit.

Die Kliniken sollen auf Kosten der Beschäftigten und Patienten aus den roten Zahlen herausgeführt werden. Doch wo steht überhaupt geschrieben, dass Krankenhäuser schwarze Zahlen schreiben müssen? Für uns sind die Versorgung der Patienten und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entscheidend. Wir dürfen die medizinische und pflegerische Versorgung nicht dem Markt überlassen.

Wie viele Stellen müssten in den Krankenhäusern geschaffen werden?

Das hat ver.di im vergangenen Jahr mit einem »Personalcheck« herausgefunden: Demnach fehlen bundesweit 162.000 Beschäftigte, um eine gute Versorgung zu ordentlichen Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. In den Kliniken des Saarlands sind es 3.350. Allein an der Uniklinik gehen wir von etwa

1.000 fehlenden Kolleginnen und Kollegen aus. Beim »Homburger Aufstand« werden die einzelnen Abteilungen und Stationen das sichtbar machen, indem sie Kissens hochhalten, auf denen steht, wieviel Personal ihnen jeweils fehlt.

Wie will ver.di Abhilfe schaffen?

Wir fordern eine gesetzliche Personalbemessung. Bei den laufenden Verhandlungen der Bund-Länder-Kommission zur Krankenhausreform darf nicht nur geredet werden. Es müssen endlich gesetzlich fixierte Mindeststandards beim Personal geschaffen werden, die in allen Kliniken gelten. Das würde auch die Logik des Finanzierungssystems über Fallpauschalen einschränken,

mit dem das Krankenhauswesen dem Preiswettbewerb ausgesetzt wurde. Übrigens gibt es eine solche Personalbemessung auch in Teilen Australiens, dem Mutterland des Pauschalsystems.

Der »Homburger Aufstand« allein wird wohl kaum reichen, dieses Ziel zu erreichen.

Zwischen dem Hambacher Fest 1832 und der Deutschen Revolution 1948 lagen auch ein paar Jahre. Es müssen überall Widerstandsnester entstehen. Wir rufen von Homburg aus die Beschäftigten und Betriebsräte bundesweit auf, sich den Zuständen zu verweigern. Wir fordern sie auf, keine Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz mehr zuzulassen. Wir fordern die Kolleginnen und Kollegen auf, sich massenhaft über die Überlastung zu beschweren und diese Beschwerden öffentlich zu machen.

Bei den Krankenhausträgern und in Teilen der Politik gibt es große Widerstände gegen eine gesetzliche Personalbemessung. Wie will ver.di diese dennoch durchsetzen?

Auch die Ärzte- und Pflegeverbände unterstützen inzwischen unsere Forderung. Die Mehrheit der Bevölkerung hält es für richtig, dass in den Krankenhäusern genug Personal zur Verfügung stehen muss, um eine optimale Versorgung zu gewährleisten. Wenn es dagegen in der Politik Widerstand gibt, kann dieser nur politisch gebrochen werden – durch Massenaktionen, indem die Beschäftigten selbst aktiv werden, im Bündnis mit den Patienten und Klienten. Es liegt an uns, ob wir das durchsetzen.

Interview: Herbert Wulff



Michael Quetting ist ver.di-Sekretär im Bezirk Saar-Trier, zuständig für das Gesundheits- und Sozialwesen



Säbelrasseln. Der neue NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg (Bildmitte) hat bei seiner ersten offiziellen Auslandsreise in Polen den »Schutz« des Bündnisses für seine Mitglieder bekräftigt. »Wir werden eine dauerhafte Präsenz im östlichen Teil unserer Allianz behalten«, kündigte der Norweger am Montag nach einem Treffen mit Präsident Bronislaw Komorowski in Warschau an. Stoltenberg, der sich auch mit Außenminister Grzegorz Schetyna (links) und Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak (rechts) traf, drohte, die Anfang September beschlossene »Speerspitze« der schnellen Eingreiftruppe der NATO werde »Tausende, nicht Hunderte« Soldaten stark sein. (dpa/iw)

Gerettet und ausgeraubt

Bankia-Skandal bringt Spaniens Parteien und Gewerkschaften in Not

Regelmäßigen Erfolgsberichten zufolge kommt Spanien gerade aus einer der tiefsten Wirtschaftskrisen seiner Geschichte. Doch das von Misswirtschaft und Korruption geschüttelte Land wird schon wieder von einem neuen Finanzskandal erschüttert. Diesmal bringt eine nahezu unglaubliche Affäre um die Großbank Bankia diverse Topmanager, Politiker und Gewerkschafter des Euro-Landes nicht nur in Erklärungsnot, sondern auch politisch zu Fall. Sie sollen sich mit »schwarzen Kreditkarten« ein kostspieliges Leben geleistet haben: Unter anderem wurden mit dem bankeneigenen Plastikgeld Restaurantbesuche, Kleidung und Reisen bezahlt. Auch Bargeld wurde abgehoben. Dabei war Bankia ein Sanierungsfall, die ehemalige »Kas-

se« (Bankias Vorgänger hieß Caja Madrid) war mit Milliardensummen an Steuergeldern vor der drohenden Pleite gerettet worden. Nach Medienberichten vom Sonntag wurden bisher acht Politiker und Gewerkschafter unterschiedlicher Organisationen ihrer Posten enthoben oder traten selbst zurück.

Die neue Führung hatte bei einer internen Prüfung in der Zeit zwischen 1999 und 2012 illegale Zuwendungen entdeckt. 86 Manager und Aufsichtsratsmitglieder sollen sich mit Firmenkarten selbst bedient haben, berichtete die spanische Presse unter Berufung auf das Geldinstitut. Einige Aufsichtsratsmitglieder »bezahlten« demnach mit Summen von knapp einer halben Million Euro ihre privaten Ausgaben. Die Transaktionen seien

als »Fehler des Informatiksystems« abgebucht worden.

Dutzende Spitzenmanager sowie auch zahlreiche Angehörige des Aufsichtsrats des Geldhauses – unter ihnen bekannte Politiker und Gewerkschafter – sollen in den vergangenen Jahren über derartige Geldkarten Zuwendungen in Höhe von insgesamt 15,25 Millionen Euro am Fiskus vorbeigeschleust haben. Madrids Bürgermeisterin Ana Botella entließ einen Spitzenbeamten. Einige Exmanager zahlten die zuvor kassierten Gelder freiwillig zurück.

Das Finanzministerium hatte am Freitagabend die Einleitung von Ermittlungen über Schwarzzahlungen per Firmenkarten in allen großen Unternehmen bekanntgegeben. Auch die Justiz nahm Untersuchungen auf. (dpa/iw)

NACHRICHTEN

Palästina: Regierung will erstmals tagen

Ramallah/Gaza. Vier Monate nach ihrer Vereidigung will die palästinensische Einheitsregierung von Hamas und Fatah am Donnerstag ihre erste Sitzung im Gazastreifen abhalten. Dies teilte Arbeitsminister Mamon Abu Schahla am Montag mit. »Wir wissen allerdings noch nicht, ob Israel es den Ministern aus dem Westjordanland erlaubt, nach Gaza zu reisen, um an dem Treffen teilzunehmen«, erklärte Abu Schahla weiter. Bislang haben Minister aus Gaza nur per Videoschaltung an den Kabinettsitzungen in Ramallah teilgenommen. (dpa/iw)

Demonstranten in Hongkong ziehen ab

Hongkong. Nach einem Ultimatum der Hongkonger Regierung haben die Demonstranten in der chinesischen Stadt ihre Barrikaden aufgegeben. Zahlreiche öffentlich Bedienstete konnten am Montag ihre Arbeitsplätze wieder

erreichen. Auch einige Banken öffneten erstmals seit Tagen wieder. Die Verkehrsader, die zum Finanzbezirk führt, blieb jedoch gesperrt. Lediglich 100 Demonstranten harrten am späten Nachmittag noch in der Gegend aus. Studenten kündigten jedoch an, am Abend erneut auf die Straßen zu ziehen. Verwaltungschef Leung Chun Ying hatte zuvor angekündigt, die öffentliche Ordnung mit »entschiedenen Maßnahmen« wiederherzustellen, sollten sich die Demonstranten nicht bis Montag zurückziehen. (Reuters/iw)

NSU: Sonderermittler zu Rolle der Geheimdienste

Berlin. Das Parlamentarischen Kontrollgremium hat einen Sonderermittler zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) eingesetzt. Das Bundestagsgremium zur Kontrolle der Geheimdienste beschloss am Montag in einer Sondersitzung, den früheren Abgeordneten der Grünen Jerzy Montag mit der Aufgabe zu betrauen. Details seien noch festzulegen. Vor wenigen

Tagen war bekannt geworden, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz seit 2005 eine CD in seinem Archiv hat, die in einer Datei das Kürzel »NSU/NSDAP« enthält. (dpa/iw)

■ Siehe auch Seite 4

Lokomotivführer werden befristet streiken

Frankfurt am Main. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat befristete Arbeitskämpfe angekündigt. In den nächsten Tagen werde die Gewerkschaft zum flächendeckenden Streik aufrufen, teilte die GDL am Montag in Frankfurt am Main mit. Einen konkreten Termin nannte sie nicht. Die GDL reagierte mit ihrer Streikankündigung auf einen offenen Brief der Deutschen Bahn, in dem sie eine Aussetzung des Tarifkonflikts angeregt hatte. Danach sollten die Verhandlungen solange ruhen, bis das von der Regierung angekündigte Gesetz zur Tarifeinheit vorliege. In der Zwischenzeit sollten die Lokführer zwei Prozent mehr Lohn erhalten. (Reuters/iw)